



Corona, die Politik und die europäische Herausforderung

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 27.03.2020

Der Corona-Schock droht außer Kontrolle zu geraten, weil die wirtschaftlichen Implikationen nicht angemessen gewürdigt werden. Was eine ökonomischen Katastrophe nach sich ziehen wird, könnte eine Chance für Europa werden.

Wie tief wird die Krise?

Immer noch wird über die Tiefe der Corona-Krise spekuliert. Das ifo-Institut hat eine Einschätzung abgegeben, die ziemlich nahe an unserer Berechnung liegt, nämlich etwa fünf Prozent Verlust beim BIP je Monat des Stillstandes. Der Sachverständigenrat geht von bis zu 9 Prozent für das ganze Jahr aus, die Bundesregierung unterstellt eine Größenordnung wie in der globalen Finanzkrise von 2008/2009, also fünf bis sechs Prozent. In Frankreich spricht man inzwischen von einem Einbruch von fünf Prozent, nachdem man zu Anfang nur an eine leichte Rezession glaubte.

Die entscheidenden Fragen sind zweifellos, wie lange der weitgehende Stillstand der Wirtschaft aus Gründen der Bekämpfung der Pandemie durchgehalten werden muss und wie schnell sich danach die Nachfrage erholt. Über die erste Frage kann man derzeit nur spekulieren oder verschiedene Szenarien unterstellen. Die Beantwortung der zweiten hängt in erheblichem Maße davon ab, auf welche Weise der Staat die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen in Angriff nimmt.

Zunächst aber scheint die Wucht des Einbruchs total unterschätzt zu werden. Immer noch glauben

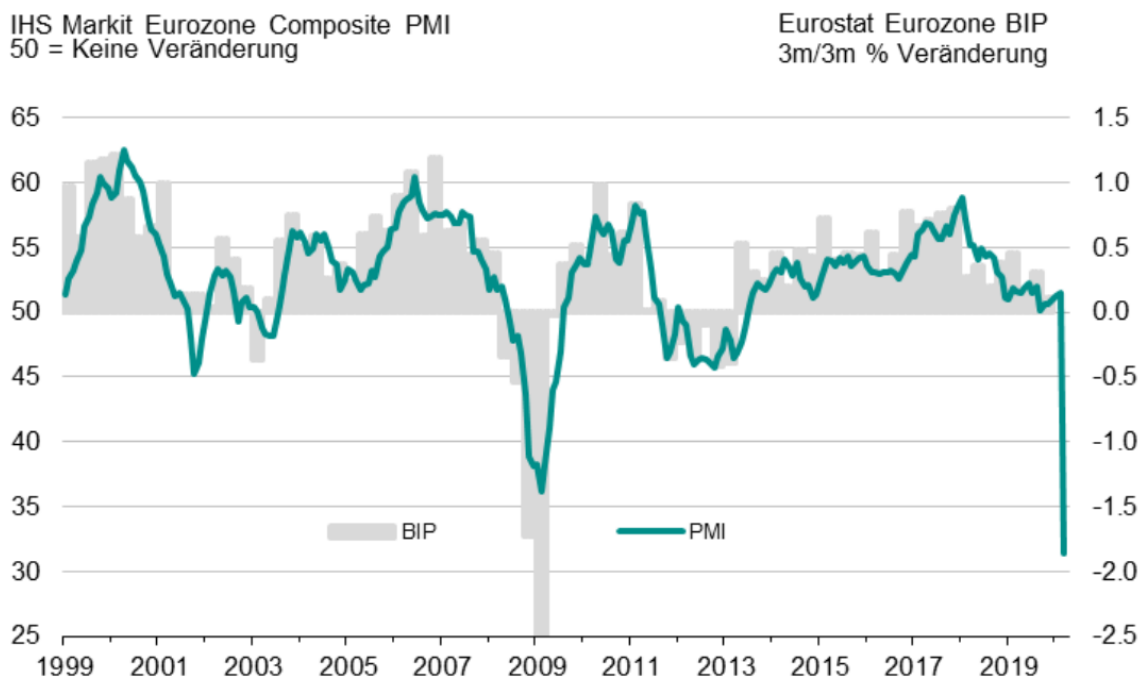
die meisten Beobachter, dass die derzeitige Abwärtsbewegung in einer mit der Finanzkrise von 2008/2009 vergleichbaren Größenordnung liegen werde. Das ist sicher falsch.

Einen Eindruck von der derzeitigen Wucht des Abschwungs im Vergleich zu der damaligen Rezession vermittelt der am 24. März veröffentlichte PMI (*Purchasing Manager Index*) des [Markit-Instituts](#) für die Eurozone, der sich auf Umfragen bei Unternehmen (hier der PMI composite, in dem verschiedene Branchen zusammen betrachtet werden) stützt. Wie die Original-Abbildung des Instituts zeigt (vgl. Abbildung 1), ist der Index im März von etwas über 50 Punkten auf etwas über 30 Punkte abgestürzt (der Index ist so konstruiert, dass 50 Punkte die Trennlinie zwischen Wachstum und Rezession markieren). Das kann man unmittelbar mit der Krise von 2008/2009 vergleichen.

Es ist schon auf den ersten Blick klar, dass sich beide „Abschwünge“ in ihrer Dynamik erheblich unterscheiden. In den Jahren 2008/2009 gab es ebenfalls eine rasante Abwärtsbewegung, aber die Bewegungen von Monat zu Monat waren doch sehr klein im Vergleich zur derzeitigen Entwicklung: Ein Rückgang von 20 Punkten in einem einzigen Monat ist niemals zuvor beobachtet worden.

Abbildung 1

IHS Markit Eurozone PMI und BIP



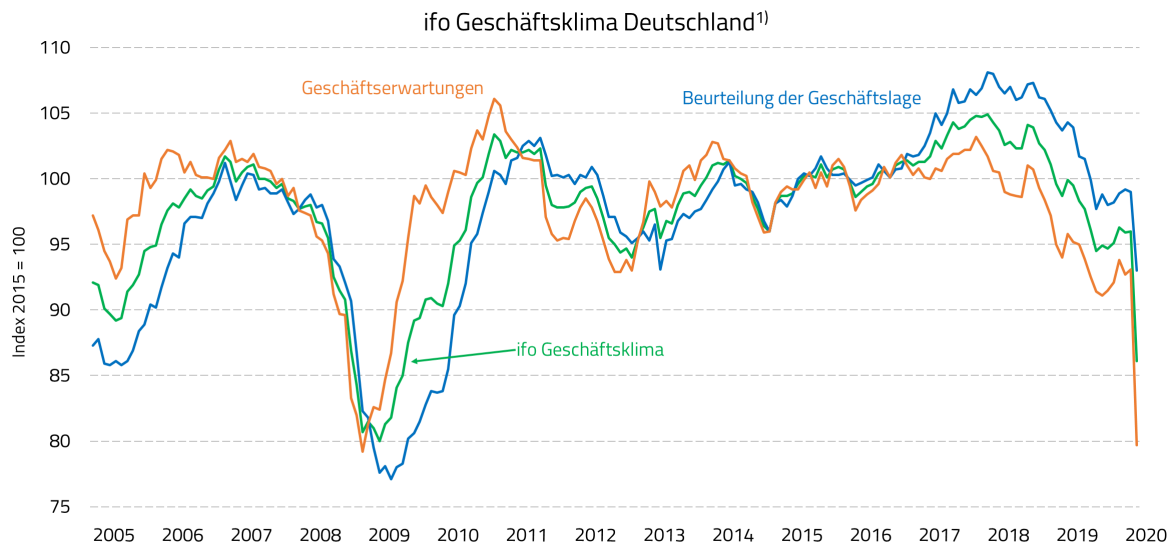
Quellen: IHS Markit, Eurostat.

Zudem war der hier betrachtete Monat März nicht einmal vollständig vom Shutdown betroffen. Die Auswirkungen der Unsicherheit vieler Verbraucher und Unternehmen wegen wegbrechender Einnahmen sind hier noch nicht voll zur Geltung gekommen. Der weniger tiefe Fall des Index in der vorigen Krise, der sich immerhin über mehr als ein Jahr hingezogen hat, war mit einem Rückgang des BIP in

der Eurozone von $4\frac{1}{2}$ Prozent im Jahr 2009 verbunden.

Der am 25. März veröffentlichte ifo-Index zeigt für Deutschland einen ganz ähnlich dramatischen Verlauf (Abbildung 2). Auch bei diesem Index hat es einen solch rasanten Einbruch noch nie zuvor gegeben.

Abbildung 2

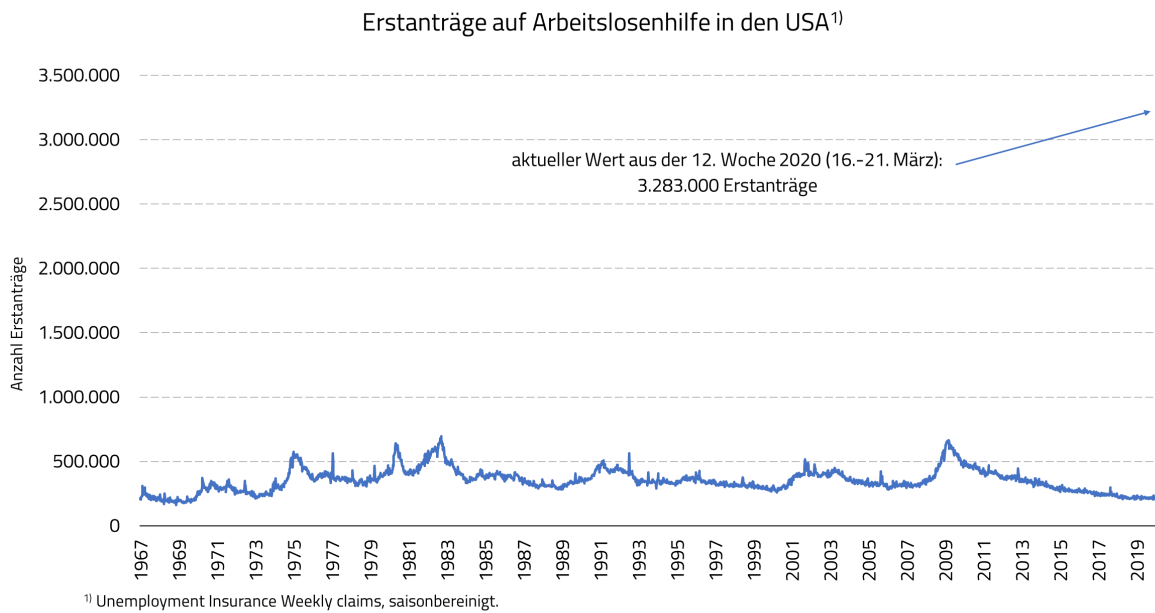


¹⁾ Index 2015 = 100, saisonbereinigt; Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2020.

Noch dramatischer: Die aktuelle Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in den USA ist die mit Abstand höchste seit Beginn dieser Statistik im Jahr 1967. Die Zahl sprang von 280 000 in der vorvergangenen Woche auf nunmehr 3,3 Millionen in der letzten Woche (Abbildung 3). In Europa dürfte die Lage am Arbeitsmarkt ähnlich dramatisch sein (egal ob offene Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit), nur liegen hier noch keine aktuellen Statistiken vor.

Abbildung 3



Quelle: U.S. Employment and Training Administration, nach <https://fred.stlouisfed.org/series/ICSA>

In der Corona-Krise handelt es sich in vielen Bereichen um einen Totalausfall der Produktion, während es in früheren Krisen in Deutschland immer nur um Rückgänge der Produktion in einzelnen besonders anfälligen Bereichen in der Größenordnung von maximal zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr ging.

Jetzt geht es um einen absoluten Stillstand auch bei vielen Dienstleistern, die überhaupt noch nie in dieser Weise betroffen waren. Im Verarbeitenden Gewerbe sind viele Produktionsstätten und darunter sehr große wie die Automobilwerke vollständig heruntergefahren, während bislang in Rezessionen ein Absacken der Kapazitätsauslastung in der Größenordnung von zehn bis fünfzehn Prozent zu verzeichnen waren.

Über den zeitlichen Verlauf der ökonomischen Krise kann man noch nicht viel vorhersagen, weil offen ist, wann die restriktiven Maßnahmen aufgehoben werden können. Aber es ist nicht damit zu rechnen, dass sie auf einen Schlag aufgehoben werden, sondern dosiert, um ein Wiederaufflammen der Infektionen zu verhindern. Der April, das scheint heute schon festzustehen, wird noch vollständig im Bann des Virus stehen.

Unter sehr optimistischen Annahmen hinsichtlich der Viruseindämmung wird sich frühestens im Mai das Wirtschaftsleben Schritt für Schritt normalisieren. Selbst wenn Ende Mai auf der Produktionsseite alles wieder halbwegs normal laufen könnte, ist keineswegs klar, ob die angeschlagenen Unternehmen sehr schnell ihre alte Personalstärke wiederherstellen werden oder doch lieber abwarten, bis sie klare Signale von ihren Kunden haben. Warten sie ab, verstärken sie unter Umständen die Unsicherheit bei den Kunden, weil auch die nicht genau wissen, ob wirklich vollständige Entwarnung gegeben werden kann oder die medizinische Krise wieder aufflammen könnte. Investitionsprojekte, die für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung sind, werden von den Unternehmen im In- und

Ausland sicher nicht vor dem zweiten Halbjahr wieder in Angriff genommen.

Kommt es in der Europäischen Währungsunion (EWU) zu größeren institutionellen Verwerfungen, weil nicht allen Ländern die gleichen finanziellen Möglichkeiten eröffnet werden, ihre Wirtschaft zu stützen, ist mit einer Normalisierung des deutschen Exports sogar sehr lange Zeit nicht zu rechnen. Es deutet sich ja schon in vielen Beiträgen innerhalb Deutschlands (z.B. [hier](#)) an, dass man insbesondere Italien nicht zugestehen will, in der gleichen Weise und in gleicher Dimension wie Deutschland seine Unternehmen und Arbeitnehmer abzufedern.

Nimmt man hinzu, dass im größten Partnerland Europas, den USA, die Krise einen gewissen Nachlauf gegenüber Europa hat, ist auch in den Handelsbeziehungen mit den USA selbst bei der optimistischen Annahme einer insgesamt erfolgreich und schnell ablaufenden Virusbekämpfung nicht mit einer Normalisierung vor dem Sommer zu rechnen. Die Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen demonstriert das bereits überdeutlich.

Das ist wiederum für Deutschland besonders dramatisch, da die Vereinigten Staaten unser größter Überschusshandelspartner sind, also das Land, mit dem Deutschland in den letzten Jahren den größten Handelsbilanzüberschuss erwirtschaftet hat (2019 waren es gut 47 Milliarden Euro, das Handelsvolumen selbst, also die Summe aus Exporten und Importen, betrug 190 Milliarden).

Krisenbekämpfung verstehen

Mit den medizinischen Sicherheitsmaßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus geht also ein ungeheurer Absturz der Wirtschaft in Deutschland, Europa und weltweit einher. Und schon sind Stimmen zu hören ([zum Beispiel im Tagesspiegel](#)), die davor warnen, mit dem Shutdown mehr Schaden anzurichten als Nutzen zu stiften. Angesichts der Entwicklung an den Arbeitsmärkten ist nicht auszuschließen, dass diese Kontroverse nicht nur lauter geführt werden wird, sondern in den USA sogar zu einer panischen Reaktion der Regierung führen kann, die in einer mehr als verfrühten Aufhebung des Shutdowns dort enden könnte (vgl. etwa [hier](#)).

Das scheint auf die Frage hinauszulaufen, zwischen wie vielen Corona-Toten auf der einen Seite und wie vielen Arbeitslosen und zerstörten ökonomischen Existenzen auf der anderen Seite wir zu wählen haben. Doch diese Wahl gibt es bei sachlicher Betrachtung der ökonomischen Zusammenhänge nicht. Das Fatale an dieser aufkeimenden Scheindebatte, in der das medizinische Überleben gegen das ökonomische Überleben ausgespielt wird, ist aber, dass sie die Gesellschaft zu spalten droht, die gerade in dieser schweren Krise auf größtmöglichen Zusammenhalt angewiesen ist.

Wie müssen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen gestaltet sein, damit aus dem aus medizinischer Sicht notwendigen Shutdown keine langwierige und vor allem sich selbst verstärkende ökonomische Abwärtsspirale entsteht? Dass ein Stillstand weiter Teile der Wirtschaft zu Produktionsausfällen führt und mit jeder Woche, die der Stillstand anhält, die potenziellen Schäden zunehmen, ist logisch. Das Problem an den Ausfällen ist nicht, dass wir auf diesen oder jenen Konsum im Interesse unserer Gesundheit für einige Zeit verzichten müssen oder Investitionspläne verschieben, sondern dass die nicht getätigten Ausgaben der einen die entfallenen Einnahmen anderer sind, die davon ihre – ebenfalls reduzierten – Konsumausgaben finanzieren müssen.

Zwar konsumieren alle weniger und es wird auch notgedrungen entsprechend weniger produziert und angeboten, aber die Reduktion ist nicht auf alle Bereiche gleichverteilt: Auf der einen Seite laufen die Lebensmittelbranche und viele für das Gesundheitswesen produzierende Wirtschaftszweige wie das Gesundheitswesen selbst auf Hochtouren; die im öffentlichen Dienst Beschäftigten arbeiten größtenteils weiter und beziehen ihre Löhne und Gehälter in gleicher Höhe wie vor der Krise.

Auf der anderen Seite müssen viele in Industrie und Dienstleistungsbranchen Tätige teilweise oder ganz zu Hause bleiben und bekommen allenfalls Kurzarbeitergeld (in der Regel nur um die 60% ihres normalen Einkommens, bei Familien sind es 67%). Vielen Freiberuflern, vor allem Kulturschaffenden, den Erwerbstätigen im Bereich des Gastgewerbes, des Nicht-Lebensmittel-Groß- und -Einzelhandels und anderer Branchen bricht ihr Einkommen größtenteils schlagartig weg.

Der Staat hat dafür zu sorgen, dass diese zweite Gruppe weder kurzfristig darben muss noch mittel- bis langfristig aus dem Shutdown eine anhaltende Depression wird. Am besten gelingt das, wenn der Staat Transferzahlungen leistet, so dass kein Bürger während eines zum Beispiel dreimonatigen Shutdowns eine Arbeitseinkommenseinbuße gegenüber seiner vorherigen Situation erleidet. Konkret müssen die Arbeitseinkommen der durch den Shutdown nachweislich Geschädigten bis auf ein Viertel ihres Jahresarbeitseinkommens des Jahres 2019 – eben entsprechend der Dauer des Shutdowns – aufgestockt werden.

Dann könnte jeder seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen (zum Beispiel Mieten, Kreditzinsen und -tilgungen) und sich weiterhin die unmittelbar lebensnotwendigen Konsumgüter leisten. Das würde dazu führen, dass der unter den aktuellen Einschränkungen der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit noch mögliche Konsum weiter stattfände und von Seiten der Nachfrager nicht oder jedenfalls weniger stark reduziert würde, als wenn sich gestundete Mietschulden auftürmen und Hartz-IV-Sätze das Einkaufsvolumen diktieren, wie das die jetzt beschlossenen Maßnahmen der Regierung mit sich bringen werden.

Natürlich würde der Teil der großzügigen Transferzahlungen, der nicht ausgegeben wird, im Sparsäckel der Empfänger landen, aber das schadet nicht. Das Geld würde später in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Es spricht auch nichts dagegen, allen, die in den Genuss einer solchen großzügigen Transferregelung kommen, Möglichkeiten aufzuzeigen, wo sie temporär aushelfen können – eine große Vermittlungsaufgabe etwa für die Jobcenter.

Die meisten Menschen dürften froh sein, wenn die Gesellschaft insgesamt die Krise meistert, und kleinkariertes Aufrechnen hintanstellen. Die Politik muss den Mut finden, das zu tun, was allen nützt, was aber der Einzelne nicht bewerkstelligen kann. Findet sie diesen Mut nicht, werden sich alle zum Schaden aller nach unten anpassen.

Woher kommt das Geld?

Nun hat die Regierung zwar bereits Schritte unternommen, die wegbrechenden Einkommen abzustützen – die Voraussetzungen zur Beantragung von Kurzarbeitergeld sind gelockert worden, Unternehmen erhalten Zuschüsse, ein großer Rettungsschirm zur Kreditgewährung wird aufgespannt.

Aber auch wenn die Schuldenbremse gerade außer Kraft gesetzt wurde und die Zahlen des Nachtragshaushalts mit 156 Milliarden Euro Neuverschuldung des Staates gigantisch klingen – es ist zu wenig, um die Bevölkerung von der Richtigkeit und Dauer der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung so zu überzeugen, dass sie ihr Verhalten nicht doch nach unten anpasst und damit die ökonomische Krise zementiert. Ein Grund für das zaghafte Herantasten der Regierung an die Transferaufgabe ist, dass die Dimension des wirtschaftlichen Einbruchs offensichtlich noch unterschätzt wird.

Vor allem aber scheuen sich die regierenden Politiker, die Finanzierung der Maßnahmen durch zusätzliche Staatsverschuldung zu erklären. Das fällt ihnen schwer, weil sie jahrelang die Schwarze Null im Staatshaushalt als wirtschaftspolitisch sinnvolles und für die Funktionstüchtigkeit der Gesamtwirtschaft dringend erforderliches Ziel ausgegeben haben. Wer sagt, Deutschland könne sich die jetzt beschlossene Neuverschuldung dank seiner soliden Staatsfinanzen leisten (zum Beispiel Bundeswirtschaftsminister Altmaier [hier](#), Bundesfinanzminister Scholz [hier](#)), wird unweigerlich mit der Frage konfrontiert, wieviel zusätzliche Schulden sich der Staat denn auf Dauer genehmigen könne und wann damit Schluss sein müsse, weil man sonst ja wieder unsolide werde und der Privatwirtschaft schade.

Hier liegt der Kern des Problems. Die Politik müsste erklären, dass das Geld für die Transferzahlungen nicht irgendwoher mühsam beschafft werden muss, dass es nicht höchstens nur ein paar Wochen reicht, dass eine solche Maßnahme auch nicht über Kurz oder Lang zu Inflation führen wird und dass dieses Geld nicht zurückgezahlt werden muss. Das genau muss man erklären, wenn die Menschen anhaltend Vertrauen in eine extrem groß angelegte Transfermaßnahme haben sollen.

Doch, wird eingewendet, wie kann man ohne dramatische Konsequenzen in großem Umfang Geld in der Welt verteilen, wo nur wenig produziert wird? Dann stünde doch einem großen Geldberg nur ein kleiner Güterberg gegenüber? Wie soll das gutgehen und nicht in Inflation enden? Und woher soll das Geld kommen?

Geld ist das gegenseitige Versprechen der Mitglieder einer arbeitsteiligen Gesellschaft, passend zu diesem von der Zentralbank und von den Banken zur Verfügung gestellten Tauschmittel jeden Tag Güter herzustellen. Durch Arbeitsleistung wird der täglich getauschte und verbrauchte Güterberg wieder ersetzt, so dass dem untereinander gezahlten Geld wieder etwas Reales gegenübersteht. Nur im Vertrauen auf diesen Mechanismus sind Menschen bereit, ein reales Gut gegen einen grauen Lappen oder eine digitale Zahl auf einem Konto einzutauschen.

Ist nun der tägliche Produktionsprozess wegen der Pandemiebekämpfung gestört, steht dem Geld, das gemäß unserem Vorschlag wenigstens in Höhe des bisherigen Niveaus der Masseneinkommen zur Verfügung gestellt wird, tatsächlich vorübergehend ein kleinerer Güterberg gegenüber. Das ist aber kurzfristig kein Problem, weil sich wegen der Maßnahmen zur Virusbekämpfung gerade keine „Übernachfrage“ entwickeln kann. Man geht im Augenblick nicht zum Möbelgeschäft, zum Autohändler, ins Restaurant oder Reisebüro. Wer mehr Einkommenstransfers bekommt, als er für das Notwendigste braucht, füllt sein Sparbuch.

Und mittel- bis langfristig? Werden die Shutdown-Maßnahmen gelockert und schließlich aufgehoben, rennen auch nicht alle sofort auf die Bank, um ihr Konto zu plündern und alles Geld ruckzuck

auszugeben. Vielmehr werden alle mit Arbeiten beschäftigt sein, also mit dem erneuten Herstellen des Güterbergs, und bestenfalls nach und nach werden zusätzlich entstandene Ersparnisse aufgelöst und in Nachfrage umgesetzt. Die trübe dann auf Kapazitäten, die dringend auf eine bessere Auslastung warten. Und wenn die nicht reichen sollten, würde endlich der Investitionsaufschwung in Gang kommen, den die deutsche Wirtschaft seit über zehn Jahren herbeisehnt.

Es ist also genau anders herum, als es das einzelwirtschaftliche Denken nahelegt: Wenn wir durch von vornherein zu mager und zögerlich angelegte Transfers, die die monetären Abläufe unserer Wirtschaft aufrecht erhalten helfen sollen, Unternehmensstrukturen wegbrechen, Menschen in Existenzängste fallen oder sogar tatsächlich Not leiden lassen, fehlen uns für die Zeit nach der Pandemie sowohl Produktionskapazitäten als auch Nachfrage. Finanzieren wir jetzt den Shutdown großzügig, der ja nicht Jahre, sondern nur Monate dauern wird, können wir anschließend wieder an den weiter vorhandenen realen Strukturen anknüpfen, die vor der Krise bestanden.

Wer anstelle von großzügigen Transfers auf ein verfrühtes Ende des Shutdowns zum Wohl der Wirtschaft setzt, wird sich wundern, wie wenig sich dann die Wirtschaft tatsächlich erholt. Würde nämlich gelockert, *bevor* die Zahl der in Intensivbetten zu versorgenden Schwerstkranken einen stabilen und im Gesundheitswesen verkraftbaren Verlauf nimmt, würden auch nicht alle Gesunden wieder schnell zur Arbeit gehen. Man muss sich vorstellen, dass es chaotische Verhältnisse im Gesundheitswesen mit schrecklichen Triage-Entscheidungen gäbe.

Wer würde dann konsumieren, reisen, sich treffen und feiern, als ereigne sich um ihn herum gerade nichts Entsetzliches? Zudem wäre der Krankenstand unter den Erwerbstätigen hoch und die Bemühungen, sich auf eigene Faust zu schützen, würden die Konsumbereitschaft auch ohne staatliche Zwangsmaßnahmen so lange beeinträchtigen, bis ein Impfstoff gefunden oder Medikamente gegen das Virus entwickelt worden sind.

Die europäische Dimension

Leider zeigen unsere führenden Wirtschaftspolitiker, dass sie von diesen Zusammenhängen nicht viel verstehen. Die Gefahr, dass sie mit dem Rückgriff auf die schon in normalen Zeiten falschen Rezepte und Schlagworte („Wettbewerbsfähigkeit in Europa stärken“, so Wirtschaftsminister [Altmaier im Handelsblatt](#)) jetzt eine wirtschaftliche und politische Dauerkrise zementieren, ist groß. Insbesondere die europäische Dimension des Problems scheint ihnen nicht bewusst zu sein. Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, die hier korrigierend eingreifen müsste, weiß offenbar nicht, worum es wirklich geht, und [beschränkt sich auf allgemeine Statements](#), statt das Kernproblem der unkonditionierten geldpolitischen Unterstützung offensiv anzusprechen.

Die oben beschriebene Operation der Geldvermehrung via höhere Staatsdefizite muss ja auf europäischer Ebene angewendet und orchestriert werden. Nur wenn die EZB das Richtige tut und wenn alle Mitgliedsländer in gleicher Weise die Möglichkeit bekommen, den schweren Wirtschaftseinbruch abzufedern, kann die Hilfsaktion auch für ein einzelnes Land wie Deutschland zum Erfolg führen. Immerhin hat Deutschland mit Italien, Frankreich und Spanien zusammengekommen 2019 einen Handelsüberschuss von 63 Milliarden Euro erwirtschaftet, das Handelsvolumen mit diesen drei Ländern

betrug 376 Milliarden Euro. Bricht die Wirtschaft in diesen drei Ländern längere Zeit schwer ein, wird auch Deutschland für sehr lange Zeit nicht mit einer Erholung rechnen können, von den politischen Folgen ganz zu schweigen.

Die EZB hat mit ihren ersten Ankündigungen schon klar gemacht, dass sie dafür sorgen wird, dass die Zinsen auf Staatsanleihen auch bei einem stark zunehmenden Angebot (was heißt, dass die Kurse womöglich sinken, was die Zinsen nach oben drücken würde) nicht steigen. Die EZB wird dafür in großem Maßstab (zunächst ist von 750 Milliarden Euro die Rede) Anleihen kaufen.

Das ist natürlich in seiner Wirkung die berühmte monetäre Staatsfinanzierung, die im Maastricht-Vertrag verboten wurde. Genau deswegen gibt es in Deutschland schon erheblichen Widerstand dagegen. Das ist fatal und kann sehr schnell zu einem völligen Zusammenbruch der EWU führen.

Typisch für den deutschen Widerstand ist der Artikel des früheren Chefvolkswirts der EZB, Otmar Issing, [in der FAZ](#). Issing schreibt:

„Mit der Ankündigung eines neuen Programms zum Ankauf von Anleihen versucht die EZB vor allem, den Anstieg der Zinsen hochverschuldeter Länder zu bremsen. Die EZB begründet diese Entscheidung mit ihrer Verantwortung, den Zusammenhalt des Euroraums beziehungsweise die Existenz des Euros zu verteidigen und den Transmissionsmechanismus der Geldpolitik zu sichern. Dieses Argument ändert aber nichts daran, dass, ökonomisch gesehen, vor allem beabsichtigt ist, einzelne Länder vor dem Kollaps ihrer öffentlichen Finanzen zu bewahren. Was ist das anderes als monetäre Staatsfinanzierung, die der EZB dem Vertrag nach verboten ist?“

Genau darum aber geht es! Man will Länder vor dem Kollaps ihrer öffentlichen Finanzen bewahren. Was kann man derzeit sonst wollen? Sollen Länder wie Italien neben der medizinischen Katastrophe auch noch ökonomisch kollabieren, weil der Staat dort – aus welchen Gründen auch immer – höher als in Deutschland verschuldet ist?

Der Notfall rechtfertigt nicht den Rechtsbruch, schreibt Issing. Doch, genau das tut er. Wie ist das Rechtsgut eines würdevollen Lebens in Italien zu gewichten gegen das Rechtsgut eines Vertrages, dessen Substanz von Deutschland diktiert, aber niemals vernünftig war? Wie werden sich die europäischen Absatzmärkte Deutschlands entwickeln, wenn wir den Partnerländern nicht zugestehen, dass auch sie wirtschaftlich einigermaßen über die Runden kommen?

Auf der ganzen Welt – insbesondere in den USA, in China, in Japan und in Großbritannien – ist es absolut selbstverständlich, dass die Zentralbank die Aufgabe übernimmt, den Staaten die monetäre Munition zur Verfügung zu stellen, die sie jetzt brauchen. Auch Mario Draghi sagt [in einer Stellungnahme](#) völlig klar und richtig, dass die Schuldenstände so oder so steigen, dass aber die Kosten bei einer proaktiven Reaktion der Staaten und der EZB gering sind im Vergleich zu dem Verlust produktiver Strukturen, der bei einem zu späten und nicht ausreichenden Handeln zu erwarten ist.

Wird Europa an dieser Frage scheitern? Martin Wolf schreibt in der Financial Times:

"This pandemic is not anybody's fault. If the eurozone cannot show solidarity in such a crisis, its failure will be neither forgotten nor forgiven. The wounds will be deep, perhaps mortal. Without visible solidarity in a crisis for which nobody bears blame, the European project will be morally, maybe practically, dead."

(Diese Pandemie ist niemandes Schuld. Wenn die Eurozone in dieser Krise keine Solidarität zeigt, wird ihr Versagen niemals vergessen und vergeben werden. Die Wunden werden tief sein, vielleicht sogar tödlich. Ohne sichtbare Solidarität in einer Krise, an der niemand die Schuld trägt, wird das europäische Projekt moralisch tot sein, vielleicht auch praktisch.)

Wenn die Politiker in Europa diese Zusammenhänge endlich verstehen würden, gäbe es in dieser Krise die große Chance, die fundamentalen Fehlentscheidungen zu korrigieren, die mit dem Beginn der europäischen Währungsunion getroffen worden sind. Derzeit sieht es danach vor allem in Deutschland leider nicht aus.

Über die Autoren



Heiner Flassbeck ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 27.03.2020

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2020/03/corona-die-politik-und-die-europaeische-herausforderung/>